

II-8426 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4135/J

1993 -01- 20

ANFRAGE

der Abgeordneten Anschober, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für Justiz

betreffend Ermittlungen in Sachen Stasi-Milliarden in Österreich

Die deutsche Justiz führt seit geraumer Zeit Ermittlungen über die Verschiebung und das Versickern von Stasi-Milliarden. In diesem Zusammenhang laufen Erhebungen gegen die Österreicherin Rudolfine Steindling, die seit zwei Jahrzehnten über ein Dutzend durch feinverastelte Vertragskonstruktionen operierende Gesellschaften führt. Darunter die damalige Ostberliner Novum GmbH. Diese lebte unter anderem von hohen Provisionszahlungen bei fast jedem Geschäft österreichischer Firmen mit der damaligen DDR. So beliefen sich die Provisionen alleine aus der Errichtung des Stahlwerkes Eisenhüttenstadt durch die Voest (zwölf Milliarden) auf 350 Millionen Schilling, die auf das Novum-Konto flossen.

Auch die Züricher Staatsanwaltschaft ermittelt nun gemeinsam mit den deutschen Behörden über mögliche Geldabflüsse in Milliardenhöhe wegen dem Verdacht der Untreue. Gerade Wiener Banken sind in diese Milliardentransaktionen unmittelbar involviert und daher Gegenstand der Ermittlungen.

Vor dem Züricher Staatsanwalt gab Steindling nach Angaben von Staatsanwalt Jann-Corrodi laut Wirtschaftswoche nun zu Protokoll, daß es sich bei rund hundert Millionen Dollar, die bei Schweizer Banken deponiert wurden, nicht um DDR-Gelder, sondern um Gelder Wiener Geschäftsleute handle, die es im Lichte der österreichischen Devisengesetzgebung vermieden hätten, dem österreichischen Fiskus offenzulegen und lieber aus Gründen der Steuereinsparung zum Mittel der altbekannten Verreichungsgeschäfte gegriffen hätten.

Aus diesem Grund, sowie insgesamt angesichts der Ermittlungen über Stasi-Milliarden und untersuchungswürdiger Geschäfte mit der damaligen DDR, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Justiz folgende schriftliche

A N F R A G E:

1. Welche Verfahren, Voruntersuchungen oder Vorerhebungen werden derzeit im Zusammenhang mit DDR-Geschäften geführt?
2. Mit welchen konkreten Verdachtsbereichen beschäftigen sich derzeit in diesem Zusammenhang die Ermittlungen der Justiz?
3. Kam es im Zusammenhang mit diesen Ermittlungen zu Interventionen oder politischen Weisungen?